

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal,  
pro Monat 4 1/2 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.  
Zusatzexpeditionen für die vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
via New York.  
G. A. Boneder,  
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Er scheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
die Expedition, Hobestraße 4.  
die Genossenschaftsbuchdruckerei, Zeigerstraße 14.  
K. Bebel, Petersstraße 18.  
J. Müller, Bayerschestr. 8b, III.

**Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.**

Nr. 92.

Sonnabend, 16. November.

1872.

## An die Parteigenossen.

Bei der durch den Austritt Hase's notwendig gewordenen Ergänzungswahl ist der Parteigenosse R. Brocke in die Kontrollkommission gewählt worden. Erster Schriftführer ist von jetzt an R. Kayser.  
Breslau, den 12. November 1872.  
J. A.: G. Dehme, zweiter Vorsitzender.

## Adresse des Generalraths

an die Föderationen, verbündeten Gesellschaften, Sektionen und alle Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Mitarbeiter!

Schon längst haben die Arbeiter aller Länder das Bedürfnis, die Nothwendigkeit gemeinsamer, verbündeter Handlung empfunden, um ihre elende Lage zu verbessern. Sie haben darum die Internationale Arbeiterassoziation als Bahnbrecher einer bessern Zukunft, als Vorkämpfer der Emanzipation der Arbeit begrüßt. Die herrschenden, besitzenden Klassen ihrerseits haben überall das Erscheinen der Internationalen Arbeiterassoziation mit einer Kriegserklärung beantwortet, welche sich im Laufe weniger Jahre zu einem internationalen Kreuzzug mit mehr als mittelalterlicher Tücke und Verfolgungswuth verwandelt. Der offizielle Bericht des Generalraths an den Kongress im Haag gibt eine kurze Geschichte dieses Kreuzzugs und schließt:

„Ihr, Abgeordnete der Arbeiterklasse, versammelt euch, um die streitbare Organisation eines Bundes zu beschließen, dessen Zweck die Emanzipation der Arbeit und die Ausrottung der Nationalkämpfe ist.“

Arbeiter! Wenn bei dem Rückblick auf die von uns selbst erlebte Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, bei der Erinnerung an all das erlittene Unrecht, unsere kaum vernarbten Wunden wieder aufreißen, müssen wir erkennen, daß wir nur zwei Wege zu wählen haben:

Entweder Unterwerfung, geduldige, knechtische, gedankenlose Unterwerfung unter das uns von der modernen Gesellschaft zuerkannte Recht als entrechtete und entleugnete Pohnslaven mit der mathematisch sicheren Aussicht auf steigende Verarmung und Entbehrungen bis zum Hungertode;

Oder Widerstand, Kampf, nicht bloß, wie in früheren geschichtlichen Klassenkämpfen, gegen einzelne bedröckelte Theile der alten Gesellschaft, sondern gegen das ganze Gebäude derselben, gegen die bürgerliche Gesellschaft selbst.

Eins steht fest durch unsere eigene Erfahrung: So sehr die heutige bürgerliche Gesellschaft auch gespalten ist in verschiedene Faktionen, welche fortwährend offenen oder versteckten Krieg miteinander führen, — so ist sie doch eins und einzig darin, ihre politische und ökonomische Herrschaft über den Mann der Arbeit um jeden Preis zu erhalten. Sie tritt daher mit unbedingter Härte jedem Versuche der Arbeiterklasse entgegen, an den Zuständen der heutigen Gesellschaft nur das Geringste zu Gunsten der Arbeiter zu ändern; und sie tritt ihnen entgegen nicht als einzelnes von einer Arbeiterbewegung bedrohtes Glied der Gesellschaft, nicht als Adel, Fabrikant, Priester u. dgl., sondern als organisierte Gesamtheit, als Staat, ausgerüstet mit allen Hilfs- und Kampfmitteln, welche ihr unsere und unserer Väter Arbeit geliefert haben. Ist also die bürgerliche Gesellschaft einig in dem Bestreben, unser Elend und unsere Knechtschaft zu verewigen — wie können wir gespalten sein im Kampfe um unsere Wohlfahrt und die Theilnahme am Lebensgenuß? Wenn wir die bürgerliche Gesellschaft im Besitz einer mächtigen centralisirten Organisation zu unserer Unterdrückung sehen, können wir uns einbilden, auch nur einen Schritt vorwärts zu unserer Befreiung zu thun durch Decentralisation, Zersplitterung, Vereinzlung und Desorganisation?

Als die bürgerliche Gesellschaft an ihrer Woge marxistische Weise „Persönliche Freiheit“ verkündete, war die Folge eine neue Sklaverei der arbeitenden Klassen. Jeder Wahn, jeder Irrthum, den wir in dieser Richtung bezangen, ist theuer bezahlt worden durch blutige Niederlagen, durch Zertrümmerung unserer Hoffnungen, durch den Verlust der Früchte jahrelanger Arbeit, deren Werth nur die zu schätzen wissen, welche dafür gebuhlet und entbehrt haben. — Es ist unmöglich, daß wir Arbeiter Nichts aus der Geschichte unserer eigenen Unglücks gelernt haben sollten. Die Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation bis auf den heutigen Tag beweist im Oeigenthum, daß die Arbeiterklasse sehr wohl eine starke Organisation als bestes Mittel zu ihrer Befreiung erkannt hat und sie in's Werk setzen will. Jede ihrer öffentlichen Handlungen, besonders die allgemeinen Kongresse der Internationalen Arbeiterassoziation, sind bestimmte Schritte in dieser Richtung.

Es ist natürlich von höchstem Interesse für die herrschenden Klassen, und von diesem Wege abzuweichen zu sehen. Sie besorgen daher die alte bewährte Regel aller Gewaltthäter: „theile und herrsche“, um die Herstellung einer wirklich streitbaren Organisation der Arbeiterklasse zu verhindern, welche, einmal vollendet, jeden Widerstand durch das bloße Gewicht ihrer ungeheuren Ueberzahl erdrücken würde. Dies zu vereiteln, bietet sich den herrschenden Klassen ein willkommener Bundesgenosse in jener politischen Halbwelt (demi monde), — den Sektivern, Reformatoren und Beredsamern — welche heute in allen civilisirten Ländern so üppig blühen. Indessen hat der Kongress im Haag gezeigt, daß das Proletariat wachsam ist; er hat die Verschwörungen bloßgelegt und die Attentate gegen die Internationale Arbeiterassoziation vereitelt, indem er die Maßregeln und Beschlüsse des Generalraths guthieß, die Befugnisse des Generalraths feststellte, die politische

Thätigkeit zur Pflicht machte und die Assoziation von störenden Elementen reinigte.

Damit haben die Vertreter der Arbeiterklasse den Weg des Widerstands, den Kampf gewählt und ihren unerschütterlichen Entschluß kundgegeben, den Kampf um die Emanzipation der Arbeit fortzusetzen auf die allein wirksame Weise, durch eine wirklich streitbare Organisation, durch eine feste Phalanx:

Die Internationale Arbeiterassoziation.

Die dem Generalrath anvertrauten Arbeiten, seine ausgedehnte Korrespondenz, verursachen ziemlich bedeutende Ausgaben, welche nicht auch von denselben Arbeitern bestritten werden können, welche der Kongress mit der executiven Arbeit belastet hat. Die verschiedenen Föderationen werden daher aufgefordert, dem Generalrath die gefälligen Beiträge zu rechter Zeit einzusenden. Die Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation haben nicht bloß Rechte auszuüben, sondern auch Pflichten zu erfüllen.

Um dem Generalrath eine möglichst klare Kenntniß ihrer Bestrebungen und Handlungen zu verschaffen, werden die verschiedenen Föderationen ersucht, regelmäßig genaue Berichte über den Stand der Assoziation in ihren Ländern, sowie der Arbeit im Allgemeinen einzusenden, und sind dieselben ganz besonders gebeten, soweit thunlich, einen gegenseitigen Meinungsaustausch und vorübergehende Rücksprache zu veranlassen, bevor sie neue Felder der Thätigkeit betreten und die Internationale Arbeiterassoziation durch öffentliche Handlungen in Verantwortlichkeit ziehen. Nur durch wohlüberlegtes, vorsichtiges Zusammenwirken und Handeln können wir unsere Assoziation stärken und in Stand setzen, ihre Kultur aufzubauen zu erfüllen.

Der neue Generalrath hält es für nothwendig, die Korrespondenz zu vereinfachen. Es werden daher Vertrauensmänner nur für solche Länder ernannt werden, deren direkter Verkehr mit dem Generalrath unpraktisch oder unmöglich ist. Alle übrigen Mittheilungen und Korrespondenzen werden durch die Hände des Generalsekretärs gehen, ohne dessen Unterschrift kein Schriftstück gültig sein wird.

Der Generalrath:

F. J. Bertrand, Fr. Volte, C. Carl, S. Devereux, Fornaccieri, S. Kavanagh, Laurel, Lewide, F. A. Sorge, E. Speyer, E. P. St. Clair.

New York, 20. Oktober 1872.

F. A. Sorge, Generalsekretär.  
Box 101 Hoboken, N. J., via New York.

## Gegen die „Provinzialkorrespondenz“.

IX.

Aber wir hätten ja unseren „Gewissenhaften“ von der „Provinzialkorrespondenz“ fast vergessen. Was wir im vorigen Artikel sagten, war natürlich nicht für ihn. Wie jene ältliche Bühnkünstlerin den jugendlichen Anbeter, der sie als Venus Urania traktierte und mit überschwenglichen Schwärmphrasen entzückte, würde er uns angähnen und mittelbeidig lächelnd zurufen: „Ne me parlez pas morale! Pour qui me prenez vous?“ — Lassen Sie mich in Ruhe mit Ihrer Moral, für wen halten Sie mich? — Und wenn er aufrichtig wäre, aufrichtig sein könnte und dürfte, würde er hinzufügen: „Was fällt Ihnen denn ein? Haben Sie denn den Verstand verloren? Wissen Sie nicht, wer ich bin? Bin ich nicht der Erzengel an den Pforten des Bismarck'schen Paradieses? Habe ich nicht selbst die Schlange angefaßt und besodet, welche die arbeitende Klasse, diese unschuldige Eva, zum Biss in den Apfel — nicht der Erkenntniß, aber der Dummheit und Rohheit verführen sollte? Habe ich nicht die Lehrlinge der Manchesterleute und Ratheder Sozialisten, sammt den Manchesterleuten und Ratheder Sozialisten selber am Schnürchen? Kenne ich sie nicht in- und auswendig? Habe ich nicht hundertmal den Beweis geliefert — in Worten und Handlungen, — daß ich sehr genau weiß, wie das alles nur Schwindel ist? Schwindel, mit dem man jetzt leider nicht viel Hunde mehr hinter dem Ofen hervorlocken kann. Ich sollte an die Schiedsgerichte und Einigungsämter als Heilmittel der sozialen Frage glauben? Bin ich etwa auf den Hirsch gekommen? Was berechtigt Sie, mir einen solchen Blödsinn zuzutrauen, mir der ich — doch halt! Die Bekenntnisse der schönen Erzengelseele wollen wir uns für ein besonderes Kapitel aufsparen, das von Sozialdemagogischem Handeln und sehr ergötzlich zu lesen sein wird.“

Ah nein, den Mystagogen\*) des königlich preussischen Sozialismus haben wir nicht bekehren wollen — bei Leibe nicht! Unsere Ausführungen richteten sich an das Publikum. Ihn wollen wir überhaupt nicht bekehren, nur Andere über ihn.

Niemand weiß besser, als unser „Gewissenhafter“, daß Schiedsgerichte und Einigungsämter auf die Lösung der sozialen Frage ungefähr denselben Einfluß haben würden, wie ein Transport der Choleraerkrankten aus den Privatwohnungen in die Hospitäler, und die Beerdigung der Choleraopfer regelnder Polizeierlaß auf die Ausrottung der Cholera; und wer fälschlich behauptet, wissend, daß es falsch ist und lediglich in der Absicht, das Richtige nicht zur Geltung kommen zu lassen, der ist nicht zu wiederlegen, mit dem ist nicht zu argumentiren — wenigstens nicht auf dem Papier und nicht par distans (aus der Entfernung) — für den giebt's bloß argumenta ad hominem, Gründe aus den Mann!

Um das Charakterbild zu vollenden, müssen wir nun noch den Schluß der „Provinzialkorrespondenz“ zitiren mittheilen. Nach Berufung des famosen Doppelmirakels und obligater Aneignung des schiedsrichterlich-einigungsämterlichen „unfehlbar wirkenden“ sozialpolitischen Malzertraks, verabschiedet der „Gewissenhafte“ sich unter vornehm-herablassenden Verbeugungen mit folgender Schlußtirade:

\*) Bekämpfer der Geheimnisse, Einweiser in die Mystereien.

„So (das heißt „so“, wie das offizielle Drafel nicht gezeigt hat, genug): so findet sich in der preussischen und deutschen Gesetzgebung schon der Boden, auf dem fernere Bestrebungen (nicht Maßregeln, nein, Bestrebungen, „einmal“ „etwas“ zu thun — never mind when and what — gleichviel wann und was?) für das Wohl der arbeitenden Klassen mit einiger Sicherheit fassen und vorwärts führen können. (Diese „sufenden“ und „vorschreitenden“ Bestrebungen“ sind jedenfalls eine sprachliche Nothwendigkeit, nur fürchten wir, daß sie trotz ihres „Sufens“ und „Vorschreitens“ doch weder Hand noch Fuß haben.) Es ist zu hoffen, daß die in Aussicht genommenen Beratungen dazu führen werden, unter Benützung der gewonnenen Erfahrungen die schon bewährten (?) Einrichtungen (??) auszubilden und nach Bedürfnis zu ergänzen. Jedenfalls ist aber den beabsichtigten Schritten (der „sufenden“ und „vorschreitenden“ Bestrebungen“) ein günstiger Eindruck (also darauf kommt es an? nicht auf die Wirkung? o heilige Humbug!) gesichert, da sie („die beabsichtigten Schritte“ der „sufenden“ und „vorschreitenden“ Bestrebungen“) den Beweis liefern, daß die Staatsbehörden bemüht sind, ihre Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung immer wirksamer und fruchtbarer zu gestalten.“

Ja — over the left („über die Linke“), wie die Engländer der „niederen Klassen“ bei Behauptungen und Versprechungen wahrheitsliebender, ehrlicher Leute vom Schlage unseres „Gewissenhaften“ zu sagen pflegen.

Lösung der sozialen Frage — over the left: daß ist das Programm für „die in Aussicht genommenen Beratungen“; und daß es mit diesem Programm ernst ist, erhellet am Besten daraus, daß es seit vollen 10 Jahren schon systematisch betrieblich aus der Theorie in die Praxis umgesetzt wird, wofür mehr im nächsten Artikel.

Mit dem Drafel der „Provinzialkorrespondenz“ sind wir jetzt fertig. Bloß der Frage seiner Persönlichkeit ist noch ein Wortchen zu widmen. Vor einigen Tagen hielt es die „Provinzialkorrespondenz“ für nöthig, jede Verbindung mit Herrn Wagener in Abrede zu stellen. Sehr natürlich das, Herr Wagener gehört zu jenen Leuten, die eine „geniale“ Regierung nicht entbehren, mit denen sie aber auch keinen Staat im Musterstaat machen kann, und die sich deshalb gefallen lassen müssen, bei jeder Gelegenheit schände verleugnet zu werden. Das gehört zum Geschäft und wird — extra bezahlt. Ob der Artikel, den zu durchmustern wir uns vor — gewiß starke Selbstüberwindung kostenden — Mühe unterzogen haben, von Herrn Wagener in Person geschrieben ist, das können wir begreiflicherweise nicht juristisch feststellen. Absolut zweifellos aber ist:

1) Die „Provinzialkorrespondenz“ ist eins der beiden amtlichen Organe der preussischen Regierung.

2) Die „Provinzialkorrespondenz“ wird direkt aus den Ministerien bedient; und zwar wenn nicht direkt von den Chefs der verschiedenen Departements, doch unter deren unmittelbarer Kontrolle;

3) Herr Wagener ist der einzige Mann in der preussischen Regierung, der sich eingehend mit der sozialen Frage beschäftigt, und Herr Wagener ist es, der bisher alles Einschlägige besorgt und geleitet hat; und

4) der Eisenacher Professoren-Kongress, welcher notorisch von Herrn Wagener inscenirt worden ist, hat kritischste, auf das Getreulichste und Pünktlichste das in dem Artikel der „Provinzialkorrespondenz“ entwickelte Programm eingehalten. Wir dächten, hiernach wäre die Sache so ziemlich klar.

Man wird freilich einwenden, in dem Artikel würden Sätze (der Manchesterlehre z. B.) befürwortet, die den bekannnten Anschauungen des Herrn Wagener diametral zuwiderliegen. Indeß das will wenig bedeuten. Wenn Gott ein Amt giebt, dem gibt er auch Verstand — nemlich den Verstand des Amtes, den Amtsverstand, der von dem gewöhnlichen oft sehr verschieden ist, und mitunter dessen absolute Negation. Der Bismarck des „Kladderadassch“ und der Erfurter Parlamentarier ist ein ganz anderer Mensch als der Ministerchef Bismarck, der den ersten Staatsmann heranzubringen und dem Land- und Reichstag Unterricht im preussischen Musterparlamentarismus zu erteilen hat. Beide Bismarck müssen streng von einander getrennt werden, obgleich es dem Schauspieler selber zuweilen passiert, daß er in die alte Rolle zurückfällt. Gerade so mit Wagener. Est inter ac inter. Wagener und Wagener ist zweierlei.

Der Wagener der „Kreuzzeitung“ und des „Staatslexikons“, der Frankfurter Wagener, welcher im Land- und Reichstag Jagd auf die unglücklichen Fortschrittler machte und dabei an keine Regel der ehrlichen Kriegsführung und des Anstands gebunden war, hat nichts gemein mit dem „vortragenden Rath“ Wagener, mit dem Ministerialbeamten Wagener, mit dem Wagener der „Provinzialkorrespondenz“. Vor dem König, im Ministerium, in der „Provinzialkorrespondenz“, da heißt's: jedes Wort wohl überlegt, da gilt's bloß den „Dienst“, da herrscht bloß der Amtsverstand. Und der Amtsverstand eines königlich preussischen Oberhofsozialisten und Chefs des Arbeiterfrage-Departements erheischt, daß der sozialdemagogische Pferdefuß mit Manchesterstamm bedeckt, und der staatsrettende Stieber durch den Frad des Ratheder Sozialismus präsentabel gemacht werde — kurz der „Provinzialkorrespondenz“-Artikel mußte so geschrieben werden, wie er geschrieben ist. Diese unzähligen Fälschungen, Fälschungen, Windbeutelereien, Windungen, Entstellungen, Verdrehungen, Unwahrheiten, Lügen, Widerprüfungen, Fälschungen, Demünzationen: sie können nicht fehlen in dem sozialen Programm einer machiavellistischen Politik, welche die volle Bedeutung der Arbeiterfrage erfährt hat, aber nicht an die Lösung dieser Frage, sondern bloß an deren Ansmützung zu dynastisch-reaktionären Zwecken denkt. Das Ziel bedingt die Mittel. Und jedes programmatische Aktenstück einer Regierung von jener Moralität, die durch das famose Wort Bismarck's, des kompetentesten Richters, gekennzeichnet und gebrand-

markt worden ist, muß bei einigermaßen genauer Analyse sich in die nünftlichen Bestandtheile auflösen lassen, wie jener Artikel. Eine solche Analyse ist freilich keine angenehme Arbeit; indes wir trösten uns für das ausgefallene Leid; bei sehr vielen chemischen Analysen muß man sich die Nase zuzalzen — und die Wissenschaft kennt keinen Ekel. Ist doch der Koth bloß „das richtige Ding am falschen Platz“ — was, mit einiger Anstrengung, auch auf den „Menschenkoth“ angewandt werden kann.

Die Person des Verfassers ist also von ganz untergeordnetem Interesse. War's nicht Wagener von Dummerwig, so war's ein beliebiger Doppelgänger, Strohmann des Wagener von Dummerwig; auf den Namen kommt's nicht an, Wagener, Stieber, Oneist, irgend ein anderer ministerieller Schulze oder Müller, es ist Alles „dieselbe Couleur in Grün“ oder Grün, oder Schwarzweiß, und, heiße der Mann wie er wolle, er ist eine Inkarnation des königlich preussischen Staats, aus ihm spricht der Geist des heutigen Staats; und unser großer Wagener, Stieber, Oneist, Müller oder Schulze der „Provinzialcorrespondenz“ hat nicht minder, als weiland der große Monarch (Ludwig XIV.) von Frankreich das Recht, von sich zu sagen: l'état c'est moi — der Staat bin ich. Es ist der ächte und unverfälschte königlich preussische patentirte und privilegirte Extrakt königlich preussischer Staatsweisheit und Staatsweisen, was wir zu kosten gehabt; ein sublimes Produkt von Staatsindustrie in des Wortes verwegener Bedeutung und darum allein schon Aufmerksamkeit verdienend, die ein Produkt schöner Privatindustrie nicht hätte beanspruchen können; ein praktischer Commentar klassischer Art endlich zu dem famosen Ogenstern'schen Bekenntniß hinsichtlich der „Genialität“, (der schwedische Reichskanzler nannte es etwas anders) mit welcher die Welt regiert wird.

Für den künftigen Kulturhistoriker aber konstatiren wir anklagend:

So hat anderthalb Jahre nach der Kommune-Katastrophe, am Vorabend eines Kongresses der Lenker dreier mächtiger Staaten, dem sich eine Konferenz zur Lösung der drängendsten sozialen Probleme anschließen soll, ein amtliches Organ der königlich preussischen Staatsregierung in feierlichem Programmartikel die Kardinalfrage des 19. Jahrhunderts behandelt!

Mit dieser Frivolität, mit dieser Un — — doch wir dürfen die Bezeichnungen, welche die Wahrheit uns in die Feder diktiert, nicht niederschreiben, denn die Sprache der Wahrheit ist heutzutage in Damm gethan, und Rede- und Schreibfreiheit hat nur die Lüge, hat nur die Niedertracht.

Von dem Wagener (Stieber, Oneist, Müller, Schulze oder unfertigen Spiegelberg — unter welchem Namen, unter welcher Maske er geht: Spiegelberg wie kennen Dich!) von dem schreibenden Wagener (teleoonque) der „Provinzialcorrespondenz“ trennen wir uns jetzt, um den handelnden Wagener in Augenschein zu nehmen. Wir müssen unsern Athor in der Aktion, in der Arbeit sehen, die Theorie an der Praxis erproben, in der Praxis beobachten. Es wird sich zeigen, daß beide einander genau entsprechen: Figaro ei, Figaro la — Stieber hier, Stieber da, Stieber überall, Stieber for ever!\*)

## Politische Uebersicht.

**Musterparlamentarismus.** Die preussischen Junker haben die Kreisordnung richtig verworfen; und zwar haben gerade die in der Nähe des Königs befindlichen Hofjunker den Ausschlag gegeben, obgleich zur Tröstung der betrübten Nationalliberalen behauptet ward, der König in Person habe zur Annahme des Gesetzes gerathen. In Folge des Herrenhäuser-Botums ist die Session geschlossen worden, was dem Lande gegen 80,000 Thlr. kostet. Die Kreisordnung wird jetzt umgearbeitet, d. h. von allen dem Herrenhäuser-Geschmack widersprechenden Inzidenzen befreit und dann — dem Abgeordnetenhaus zum Hinunterwürgen überreicht. Sträubt sich's, so muß der „Geniale“ selbst dem Patienten die bittere Medizin einschütten. Probatum est.

Seit dem 5. November tagt oder nächst zu Berlin die soziale Stieber-Konferenz. Erzengel Wagener ist Hauptvertreter der preussischen Regierung, natürlich unter obligater Polizeiaufsicht. Wie der österreichische Wagener oder Stieber heißt, ist uns augenblicklich entfallen.

**Menschenfleisch kostet nichts.** Am Mittwoch vor acht Tagen fahren 21 Kohlenarbeiter in eine Grube bei Charleroi (Belgien). Kaum sind sie in der Hälfte angelangt, so reißen gleichzeitig alle vier Ketten der Fördermaschine, der Fallschirm zerbricht und die 21 Arbeiter stürzen in die Tiefe, wo ihre leb- und gestaltlosen Ueberreste von den Hinterlassenen zusammengesucht werden mußten. Mit Recht hebt die „Internationale“ hervor, daß hier unfehlbar eine grobe Pflichtvergessenheit der Grubenverwaltung vorliegt, da es einfach mordenbar ist, daß gleichzeitig alle vier Ketten zerreißen und der Fallschirm zerbrechen konnte, wenn nicht Ketten wie Fallschirm sich in schlechtem Zustande befunden hätten. Doch — es sind ja nur Arbeiter, die umgekommen sind.

Im Moment, wo wir dies schreiben, kommt uns ein französisches Telegramm zu Gesicht, daß eine Grubenexplosion (bei Blauca) meldet, durch welche 33 Arbeiter getödtet und 5 verwundet wurden. Der Notoch braucht Menschenopfer.

**Nette Zustände. I.** „Ist Preußen gegenwärtig noch das Preußen des Freiherrn Otto Theodor von Mautensfel und Rußland noch das Rußland des Czaren Nikolaus?“ fragt die Berliner „Bosliche Zeitung“, und fährt dann fort: „Diese Frage muß sich Jedem ausdrängen, der in Erfahrung bringt, daß kürzlich das russische Regierungsblatt in Warschau einen bereits unterm 18. August d. J. zwischen der russischen und der preussischen Regierung abgeschlossenen Vertrag veröffentlichte, betreffend die Auslieferung der beiderseitigen Unterthanen, deren Rückkehr ins Vaterland „wegen mangelnder Existenzmittel, Bagabondtums oder Passlosigkeit für nothwendig erachtet wird.“ Kaum hat die berüchtigte Cartelconvention zwischen Preußen und Rußland ihre Endschafft erreicht — es war am 4. September 1869 — und man läßt schon wieder eine neue Convention ins Leben treten, die, wenn sie in Kraft bliebe, schon nach kurzer Zeit weit berücksichtigter werden würde, als alle nach den Freiheitskriegen abgeschlossenen Conventionen. Mehr als alle anderen trägt die neue Convention das beschämende Gepräge einer Zeit, wo Preußen wenig mehr als der dienstwillige Vasalle Rußlands war. Als die erste Convention geschlossen wurde, war der Czar der mächtigste Mann in Europa, sein Wille und Wunsch in Berlin beinahe Gesetz. Als sie zum letzten Male erneuert wurde, am 8. August 1857, regierte bei uns Herr von Mautensfel, der Mann von Osmüg, wie die

Geschichte ihn schon bei Lebzeiten getauft hat. Die Regentenschaft war noch nicht eingetreten, die Aenee noch nicht reformirt, Herr von Bismarck brütete noch ganz einsam und unerkannt darüber, wie Deutschland umgestaltet werden sollte. Und jetzt nach so großen Erfolgen die Erniedrigung einer Cartelconvention, die die Züge des russischen, nicht des preussischen, oder überhaupt irgend eines westeuropäischen Staatswesens trägt, die die Mittel und Kräfte des preussischen Staates in Bewegung setzt und die längst der Grenze wohnenden Preußen für Zwecke plagt, welche nur in der Form und veralteten Natur der russischen öffentlichen Einrichtungen wurzeln. Es ist wahrhaft haarsträubend, daß Preußen für eine derartige Thätigkeit seine Beamten aufbietet und seine Bürger in Mitleidenschaft zieht. Dasselbe darf seinerseits keinen Anspruch auf dergleichen Dienstleistungen machen und kann sie Anderen auch nicht darbieten, ohne sich zu erniedrigen. Außerdem sieht die neue Convention im schroffen Widerspruch mit dem Völkerrecht. Denn das moderne Völkerrecht verwirft die Auslieferung anderer Personen als gemeiner Verbrecher.“

Also das Berliner Spießbürgerblatt, das vom „modernen“ Völkerrecht sehr eigenthümliche Vorstellungen hat. Das „moderne“ Völkerrecht ist die Rechtlosigkeit der Völker, und das Recht der Regierungen zu thun, was ihnen gut dünkt, und was ihr Interesse erheischt. Das Interesse der preussischen Regierung aber erheischt die äußerste Gefügigkeit gegen den russischen Despotenstaat, dessen Allianz eine Lebensfrage für das Bismarckische Preußen (alias „Deutschland“) ist.

**Nette Zustände. II.** Vor einigen Tagen war Hannover der Schauplatz eines recht charakteristischen Vorgangs, über welchen der Frankfurter „Beobachter“ sich wie folgt äußert:

„Daß die preussische Justiz, wo es sich um politische und Pressprozeße handelt, oft sehr seltsame Dinge zu Tage fördert, ist eine allbekannte Thatsache. Etwas ganz Eigenthümliches aber ist in diesen Tagen zu Hannover passiert. Dort wurde der Redakteur der „Hannoverschen Landeszeitung“, Herr Meyer, gefänglich eingezogen, weil er sich weigerte, den Verfasser einer von ihm abgedruckten Correspondenz zu nennen. Schon dieses Verfahren war nach den geltenden preussischen Gesetzen zum Mindesten etwas stark mit summarischer Justiz verwaunt, aber erstaunlicher noch ist gewiß die darauf erfolgte Lösung der Angelegenheit. Die „Kreuzzeitung“ berichtet nämlich aus Hannover: „Der zeitweilige Redakteur der „Hannoverschen Landeszeitung“, Christian Neve, welcher gefänglich eingezogen war, weil er den Verfasser eines den Groteschen althannoverschen Kalender betreffenden Artikels der Landeszeitung zu nennen sich geweigert hatte, hat, nachdem von kompetenter Seite die Zusicherung gegeben worden, daß gegen den Verfasser des fraglichen Artikels eine Anklage nicht erhoben werden solle, mit Einwilligung des Verfassers jenes Artikels dem Untersuchungsrichter den Namen des Verfassers genannt und ist darauf sofort aus seiner Haft entlassen.“ Ob das Abgeordnetenhaus sich diese naive Benennung der Justiz zu politischen Zwecken einmal näher ansehen wird?

Natürlich wird es sich dieselbe nicht „näher ansehen“. Ebenförmig, wie die Abrechnungen des Welfenfonds, obgleich es den Wunsch nach einem Einblick in letztere zu erkennen gegeben hat. Herr Stieber ist, gleich der Krone, und gleich dem „herrlichen Kriegsheer“ ein noli me tangere (Mähr mich nicht an) für die preussischen Abgeordneten, die sich zum Spott „Volksovertreter“ nennen lassen.

**Hamburg.** Die Nothwendigkeit, daß das Volk seine Staatslenker achten müsse, ist durch den Sturz des sogenannten Bürgerkönigs Louis Philipp und des „weissen aller Staatsmänner“, wie die „Times“ den meinedigen Kaiser Louis Napoleon zu nennen pflegte, hinlänglich illustriert worden. — Lamartine's Ausspruch: „ils tomberont par une révolution de mépris“ ist zur Wahrheit geworden in Bezug auf Beide, als die öffentliche Berachtung ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Auch in Deirreich hatte die öffentliche Berachtung außer Metternich (der aller Scham bar war, daß er einen Jahreshalt vom Czar von Rußland annahm) Freiherr von Brud, (der sich über den Hals schnitt), Eynatten und andere gerichtet.

In Neapel fiel König Bomba ebenförmig durch die öffentliche Berachtung als durch Garibaldi's Schwert, und in Spanien fiel Isabella die Unschuldvolle, vom Papst mit der Tugendrose geschmückte, erst recht durch eine revolution de mépris.

Das deutsche Volk will aber keine Revolution, die Sozialdemokraten auch nicht, wir wünschen alle durch die Herrschaft der Ideen einen unblutigen Sieg der Civilisation und des Fortschritts zu erringen.

Das führt nothwendigerweise dahin, daß man, um eine revolution de mépris zu vermeiden, sich die Frage vorlegt:

Können wir unsere Staatslenker achten?

Führt die offenbare Verstimmung in einem großen Theile des neuen deutschen Reichs nicht nothgedrungen zu einem Rückblick auf die Konfliktperiode und budgetlose Zeit, wo ausgeprochenenmaassen ein Verfassungsbruch stattfand und das Volk durch Kränkungen und Beleidigungen aller Art in Person seiner Abgeordneten so recht mit Füßtritten traktirt wurde?

Das geschah damals in Preußen durch den Ministerpräsidenten Bismarck, doch das preussische Abgeordnetenhaus hat ihm allerdings Indemnität ertheilt.

Jetzt handelt es sich aber um ganz Deutschland, und derselbe Mann ist unser Reichskanzler. — Dadurch ist seine Machtphäre nicht allein, sondern auch seine Pflichtphäre bedeutend gewachsen, daß ein jeder politisch gebildete und denkende Deutsche sich mit Besorgniß die Frage: können wir unsere Staatslenker achten, oder könnten wir mal, wie die Franzosen, Destrreicher, Spanien und Neapolitaner, aus unserm schönen Traum erwachen und uns vis à vis einer revolution de mépris befinden? — vorlegt.

Wenn die Preußen ihren Staatslenkern eine Indemnität gaben, so war das eben keine beneidenswerthe Lage, daß eine Regierung einen Verfassungsbruch bekennen und eine Indemnität beantragen muß, aber Herr Redakteur, ich erlaube mir zwei Fragen:

1. Bleibt diese Indemnität nicht unverbindlich für das übrige Deutschland, ohne welches Preußen schwerlich die großen Erfolge gehabt haben würde?

2. Gebietet es nicht die allereinfachste Vorsicht, daß das übrige Deutschland sich vor neuen Konfliktperioden, Verfassungsbrüchen und Indemnitätsbeantragungen zu hüten bestrebt ist?

Einer Ihrer Hamburger Abonnenten.

Eine interessante Rechnung. Wie Bebel seiner Frau mittheilt, ist ihm die Gerichtsrechnung für den Hochverrathprozeß durch Vermittlung eines Wermdorfer Gerichtsbeamten am vorigen Donnerstag präsentirt worden. Die Rechnung beläuft sich für seinen Theil auf 663 Thaler 3 Neugroschen 2 Pfennige. Bebel erklärte, daß er leider kein Vermögen besitze, um diese Rech-

nung bezahlen zu können. Der Beamte begnügte sich denn auch mit einer Anerkennung der Schuld, hoffend, Bebel werde vielleicht später einmal zu Vermögen kommen und dann dem Kaiser geben was des Kaisers ist.

Liebkecht, auf dessen Koppe die gleiche Summe kommt, blieb vorläufig ungeschoren. Da das letzte Drittel für Heppen in Folge von dessen Freisprechung der Staat übernehmen muß, so beläuft sich die Gesamtrechnung des Leipziger Hochverrathprozeßes auf 1989 Thaler 9 Neugroschen 6 Pfennige.

## Permanenter Massenmord.

Einem von Dr. Albu (dem um die öffentliche Gesundheitspflege hochverdienten Freunde und Mitarbeiter Boruttau's) im Berliner Potsdamerstraßen-Bezirksverein gehaltenen Vortrag über die Berliner Sterblichkeitsverhältnisse entnehmen wir — nach den Berichten der Berliner Zeitungen — folgende Notizen: Im Allgemeinen sind die Sterblichkeitsverhältnisse Berlins außer ungünstige (detaillirte Vergleiche mit anderen Städten wären hier sehr wünschenswerth. R. d. B.). Nur 1 Prozent der Einwohner, d. i. von je hundert nur Einer, wird über 60 Jahre alt, während nur ein Viertel der männlichen Jugend zum Kriegsdienst tauglich ist. Dies üble Resultat wird von Herrn Albu hauptsächlich der ungesunden Arbeit in schlecht eingerichteten Fabriken und Werkstätten, und den traurigen Wohnungsverhältnissen zugeschrieben. Wahrhaft entsetzlich ist die Sterblichkeit unter den Säuglingen der ärmeren Klassen. Im Vorjahre (einen von Arbeitern bewohnten Quartier) starben durchschnittlich von je 100 Säuglingen vor dem ersten Jahr neunundfünfzig, in dem von Reichen bewohnten Thiergartenviertel dagegen bloß siebenzehn — eine Differenz, die von Herrn Albu fast ausschließlich auf Rechnung der Wohnungen gesetzt wird.

Wir sehen also, daß in Berlin das Kind des Reichen drei und ein halb Mal so viel Chance hat, das erste triftige Lebensjahr zu überschreiten als das Kind der Armen. Auch in späteren Jahren gestaltet sich das Verhältnis sehr zum Nachtheil des Letzteren; doch am Oestlichen tritt der Unterschied im ersten Jahre hervor, und eine vergleichende Statistik der Säuglingssterblichkeit liefert dochhalb das augenspringendste überwältigende Anlagematerial gegen die heutige Gesellschaft. Das zarte, unschuldige Säugling, dessen Lebensstimmchen der leise Luftzug ausblasen kann, hat das ganze Glend der heutigen Gesellschaft zu tragen, und, wie man zu gewöhnlichen Barometern die empfindlichsten Stoffe gebraucht, so macht die außerordentliche Empfindlichkeit der Säuglinge für jeden äußeren Einfluß dieselbe zum besten Material für einen sozialen Barometer. Die Sterblichkeit der Säuglinge ist der am Leichtesten zu gewinnende und sicherste Maßstab für den Kulturzustand und die Humanität der Gesellschaft eines Landes.

Wenn wir erfahren, daß in St. Giles, dem Londoner Proletarierviertel, von je 10 Kindern 9, und in Belgradia, dem Londoner Aristokratenviertel, von je 10 Kindern nur 1 vor Ablauf des ersten Jahres stirbt, dann wissen wir, daß in London von je 10 Proletariervierteln acht den mangelhaften Gesellschaftseinrichtungen zum Opfer gebracht werden; denn würden die Proletarierviertel ebenso gut verpflegt wie die Aristokratenviertel, so würde die Sterblichkeit unter ihnen auch keine größere sein.

In Berlin ist das Verhältnis ein ähnliches, wenn schon nicht ganz so kraß.

Das Einzige, was wir an den Ausführungen des Dr. Albu so weit der uns vorliegende Bericht sie uns kennen lehrt, anzusehen haben, ist, daß er die Wohnungsfrage zu sehr in den Vordergrund drängt und auf die allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen nicht genügenden Nachdruck legt. Die Leidensgeschichte des Proletarierviertels beginnt schon vor der Geburt, weil die Mutter nicht im Stande ist, sich während der Schwangerschaft die nöthige Ruhe, Bequemlichkeit und gute Nahrung zu verschaffen. Und die Entbindung trotz alledem glücklich verlaufen, was kann das Weib des Armen für das Wesen thun, dem sie das Leben gegeben hat? Um zu gedeihen, um nicht unrettbar zu wellen, zu verwellen, bedarf dasselbe warmer und trockener Umhüllung, reiner Luft, pfeifender Nahrung. Keins von diesen drei Erfordernissen kann der Proletarierviertel in vollem Maße erfüllen: sie hat nicht die Mittel, dem Kinde die nöthige Kleidung zu beschaffen und in der nöthigen Sauberkeit zu erhalten; sie hat nicht die Mittel, ihm eine Wohnung zu bieten, in der eine vernünftige, reine Luft zuziehende Ventilation möglich ist; sie hat nicht die Mittel, sich selber in eine Weise zu nähren und zu pflegen, welche sie befähigt, dem Kinde gute Muttermilch zu „schenken“. Und nun gar, wenn die Mutter wie dies in Hunderttausenden von Fällen vorkommt, sich auf dem Hause ihren Erwerb suchen muß: in der Fabrik, als Nähterin, Wäscherin, Schenkerfrau! Was dann? Was wird aus dem unglücklichen Ding, das „ein Mensch werden sollte“, und das häufig, ohne alle und jede Aufsicht, unter alleiniger Obhut irgend eines den Tod in sich bergenden „Schlafpflückerchens“ (die auch in Deutschland nichts weniger als unbekannt sind, und die „berühmten“ Wirkungen des im wahren Sinne des Wortes mörderischen „Lutschbentels“ verstärken müssen) gelassen werden muß?

Geht sind die schlechten Wohnungen, in die das Proletariat jetzt verbannt ist, ein wesentlicher Faktor der grassirenden Säuglingssterblichkeit, aber doch nicht der einzige; nur einer unter vielen von gleicher Wichtigkeit; und das Uebel würde daher keineswegs durch eine einseitige Reform der heutigen Wohnungsverhältnisse ausgerottet. Verschaffe man dem Proletariat Wohnungen, die mit jeder Rücksicht auf Gesundheit und Comfort hergestellt sind, und lasse es im Uebrigen in derselben Lage wie jetzt, so wird zwar unzweifelhaft die Säuglingssterblichkeit momentan vermindern, allein sie wird unter dem Proletariat doch lange nicht den niederen Punkt erreichen, auf welchen sie unter den wohlhabenderen Klassen herabgedrückt ist.

Wir haben es hier mit einem Uebel zu thun, das in den allgemeinen gesellschaftlichen Zuständen seine Wurzel hat, und so leicht nicht ohne eine allgemeine Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände zu heilen ist.

Angenommen, der Staat, oder die Gemeinde packte mit ganz Abicht und festem Willen die Wohnungsfrage an, und setzte sich durch, daß nicht nur der „Wohnungsnoth“ abgeholfen, sondern auch dafür gesorgt würde, daß jede Wohnung sanitätlich den höchsten Anforderungen entsprechend eingerichtet sei. Was wäre das Resultat? Das Glend würde den Ort gewechselt haben, nichts weiter! Eine Quelle der Sterblichkeit wäre verstopft, aber unzählige andere wären nach wie vor offen, und die ihnen entströmenden schlimmen Wirkungen würden sogar voraussichtlich die guten Wirkungen, welche jener Einen Quelle entströmen, rasch neutralisiren (aufheben). Räume man dem Proletariat prächtvollsten Marmorpaläste ein, und — bleibt das Proletariat

\*) xbschreiben.

\*\*) Stieber auf immer! Stieber hoch!

Proletariat — so werden die Marmorpaläste bald in Pest- und Fieberhöhlen verwandelt sein.

Mit theilweisen, stückweisen Reformen läßt sich eben nichts erreichen, was sich der Mähe verlohnt. Sie können bloß Stück- und Flickwerk liefern. Krankheitserscheinungen entfernen, das ist nicht schwer, jedoch nur ein Pflasterer thut es, denn die Krankheit wird dadurch nicht kurirt, oft geradezu, durch Zurückdrängung der Symptome, verschlimmert. Der wissenschaftliche Arzt forscht nach den Krankheitsursachen, und sucht sie zu entfernen. Die „Wohnungsnoth“ ist aber nur eine soziale Krankheitserscheinung, nicht Krankheitsursache, obgleich freilich eine Erscheinung, die an sich wieder das Uebel befördert. Die Krankheitsursache liegt in dem herrschenden Produktionssystem, in der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter, welche die Vermögensungleichheit mit ihren Gegensätzen von hilfloser Armut und schwelgendem Reichtum erzeugt, und es der ungeheuren Mehrzahl der Menschen unmöglich macht, Körper und Geist die nothdürftigste Pflege zu bekommen zu lassen, geschweige deren Pflege die Sorgfalt zu widmen, welche die ideale moderne Kultur (ideell nennen wir sie zur Unterscheidung von der kolossalen Rohheit und Bestialität, die jetzt hauptsächlich „an der Spitze der Civilisation“ marschiren) erheischt und ermöglicht.

Und so ständen wir denn vor den Pforten der „sozialen Frage“, zu der „alle Wege führen“, wie weiland nach Rom.

Die Säuglingssterblichkeit ist kein vereinzeltes Faktum: sie ist unablässig verheerend und verpackt mit tausenden von ähnlichen Fällen, die, alle den gleichen Grundursachen entspringend, in ihrer Gesamtheit die soziale Frage bilden, und von denen keine „aus der Welt geschafft werden kann“, ohne daß alle anderen mit fortgeschafft werden. Hier heißt's: Alles oder Nichts. Halb ist nichts; drei Viertel ist nichts; neunundneunzig Hundertstel ist nichts: das letzte Hundertstel würde die übrigen neunundneunzig Hundertstel unrettbar verderben. Der Philanthrop, welcher aus Mangel an Ueberblick sich auf Einen Punkt der sozialen Frage wirft, und von diesem aus Alles kuriren will, schöpft Wasser in einem Sieb — alle Anstrengungen sind fruchtlos. — Wir haben das Thema der Säuglingssterblichkeit herangezogen, weil es unsere gesellschaftlichen Zustände besonders grell kennzeichnet. Daß — von der direkten und indirekten absichtlichen Kindersterblichkeit abgesehen — in unseren „Kulturländern“ alljährlich Hunderttausende, ja Millionen von Kindern den ungnädigen und ungerechten Gesellschaftszuständen zum Opfer fallen, — dieser gesellschaftliche Massenmord, mit dem verglichen der Bethlehemitische bloß ein harmloser Scherz war — das ist ein ugly fact — eine häßliche Thatsache, an deren granitnen Ecken der härteste Schädel sich Beulen stoßen muß. — Wohl, sagt Ihr, dieser gräßliche Schandfleck soll weggewischt werden. Gesunde Wohnungen für die Armen! „Hilft nichts, Ihr Herren!“ Institute für Wöchnerinnen! — „Hilft nichts, Ihr Herren!“ Spart nur die Mühe, wenn Ihr nicht durch Dün und Dünn gehen wollt, bis mitten hinein in die Brutstätte der sozialen Frage.

So wenig es ein vernünftiges Erziehungssystem in der heutigen Gesellschaft geben kann, ebenso wenig eine wirksame Sanitätspolizei. Leid wie Geist des Volks von der heutigen Gesellschaft mit Füßen getreten, verachtet, vernachlässigt, dem Tod oder der Verknüpfung überliefert, kann erst zur vollen Entwicklung gelangen durch den Sozialismus, im freien Volksstaat.

### Gewerkschaftliches.

#### Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.

**Regensburg, 11. Nov.** Nachdem der frühere Vorort Berlin die Geschäfte in die Hände der jetzigen Vorortverwaltung Chemnitz gelegt, hoffen wir, daß diese die Geschäfte in derselben umsichtigen Weise leiten werde wie die frühere, die sich das Vertrauen und die Achtung aller Mitglieder im vollsten Maße erworben hat.

Zugleich möchten wir die Mitgliedschaften auf den Vorschlag Niemanns aufmerksam machen, der dahin geht, nach Kräften für Ausbreitung des Vereins und Zuführung aller Fachvereine zu agitiren, um dann als geschlossenes Ganze der Gewerkschaft und anzuschließen, damit wir von den in unseren Statuten gebotenen Vortheilen nichts verlieren, wodurch gar manches Mitglied ferngehalten würde, und doch dem großen Ganzen gegenüber unsere Schuldigkeit erfüllen könnten. Zugleich bringen wir zur Anzeige, daß an die Stelle des abgereisten Vorsitzenden der Kontrollkommission (Denk) H. Bäumel und für den gleichfalls abgereisten Kassirer (Brühnig) J. Entner gewählt wurde. Sonst sind die Zustände noch die alten und bitten wir wiederholt allen Zugang von hier fern zu halten.

Arbeiter, organisiert Euch, damit bis zum Frühjahr die Schlachtreihen fest geschlossen und zum Kampfe gerüstet sind.

Im Auftrage der Kontrollkommission: C. F. Rid, Geschäftsführer, Goldene Sonne, nächst dem Brückthor.

#### Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

In Nr. 91 des „Vollstaats“ hat das Berliner Comité in dem Ortsverzeichnis zum Kongreß auch die Städte Dresden und Leipzig genannt. Um nicht die Meinung in der Öffentlichkeit entscheiden zu lassen, als ob wir unsern bereits bekanntgegebenen Beschlüssen wieder untreu geworden wären, sei hiermit erklärt, daß unsere Gewerkschaft weder von Dresden, noch von Leipzig zum Berliner Kongreß vertreten ist, und zwar aus längst bekannten Gründen. Dies allen unsern Mitgliedschaften zur Verhütung.

Gelder sind eingegangen: Ernst 12 Thlr. 24 Sgr. 5 Pf., Offenbach 12 Thlr.

Dresden, den 13. Nov. 1872.

H. Zilger.

### Correspondenzen.

**Dresden.** (Zur goldenen Hochzeit. — Annesie.) Seine königliche Majestät haben aus Anlaß des hohen Vermählungs-Jubiläums Ihrer königlichen Majestät Allerhöchstdigst geruht, die bis zum 10. November dieses Jahres rechtskräftig erlassenen oder wegen Uneinbringlichkeit verwirkter Geldbusen aufzuheben und ganz oder theilweise noch unvollstreckten Gefängnis- und Haftstrafen, welche die Dauer von (8) acht Tagen nicht übersteigen, aus Gnade zu erlassen. — In Hubertshurg werden inzwischen frische Zellen für frische Hochverräther zurecht gemacht.

Außerdem haben Ihre königlichen Majestäten anläßlich Ihres hohen Vermählungs-Jubiläums geruht, 10,000 Thaler zu einer Stiftung zu gewähren, deren Zinsen zur Vertheilung an hilfsbedürftige goldene Hochzeitspaare gelangen sollen. Ferner geruhten dieselben Allerhöchstdigst, 500 Thaler zur Vertheilung an die Armen der Stadt Dresden zu spenden. —

Die „Vollvertretung“ Sachsen beschloß aus Anlaß des hohen Vermählungs-Jubiläums Ihrer Majestäten 200,000 Thaler

aus dem Staatsvermögen zu entnehmen, und dieselben als Hochzeitsgeschenk des sächsischen Volkes Ihren Majestäten zur Begründung milder Stiftungen zu übergeben. Wenn das „sächsische Volk“ diese Summe direkt den sächsischen Webern und Strumpfwirkern, die doch auch zum sächsischen Volk gehören, verwilligte, würden sich viele derselben zum ersten Male in ihrem Leben haben satt essen können.

**Glauchau, 5. November.** Vorige Woche hat in St. Jakob im Mühlengrunde eine Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins stattgefunden, die von ungefähr 30 Grundbesitzern und Faktoren besucht war. Der Vorsitzende theilte mit, daß man die Versammlung hauptsächlich wegen der Reichstagswahl einberufen hätte; man solle bei der nächsten Wahl den Herrn Grafen zur Lippe wählen. Dieser Herr ist uns ganz unbekannt, wir können uns seines Namens nur aus der ersten Wahlperiode erinnern, wo er, wenn wir nicht irren, neben Dr. Minkwitz gegen Viebknecht aufgestellt war, aber glänzend durchfiel. Das gleiche Schicksal vaßirt dem Herrn Grafen auch bei uns. Fast möchten wir glauben, unsere Gegner suchen jedesmal einen Kandidaten mit anderem Titel; denn wir haben bis jetzt einen Grafen noch nicht zu bekämpfen gehabt, wol aber einen Freiherrn, Bürgermeister, Stadtrath, Kaufmann, Gewerbetreibenden, Gerichtsdirektor im Dienst und Kreisrichter außer Dienst; letzterer war Herr Schulze-Delisch. Unsere Parteigenossen freuen sich, daß es bald los geht — zum Wahlkampf.

In Meerane hat bereits der Stadtrath die Aufstellung der Wahllisten angeordnet; wir werden dafür Sorge tragen, daß die Listen genau kontrollirt werden. —

In unserem Bezirk steht mit dem Geschäft sehr schlecht; nicht allein die Arbeiter sind in Noth, auch die Fabrikanten lassen die Köpfe hängen. Die Annexion von Elsaß-Lothringen hat unserer Weberbranche eine kaum zu überwindende Konkurrenz geschaffen. Als unser Reichstagsabgeordneter zur Zeit des „heiligen Krieges“ auf die Gefahren der Annexion auch in materieller Beziehung, speziell für den 17. sächsischen Bezirk, hinwies, lachten und höhnten die Fabrikanten; jetzt stellt sich heraus, wie richtig diese Vorhersagungen waren.

**Regensburg, 11. November.** Zum süddeutschen Arbeitertag in München. Als wir die Anzeige von der Abhaltung eines süddeutschen Arbeitertages in München erhielten, begrüßten wir diese Nachricht mit Freuden, obwohl uns die Zeit bis zum 14. dieses Monats zu kurz vorfam. Wir wählten sofort unsere 2 Delegirten (Hoch und Jung) und beschloßen uns auch zugleich mit dem in München ins Auge zu fassenden; als solches betrachteten wir 1) Schaffung eines Agitationscomités für Bayern, 2) die Inbetriebnahme der Gewerkschaftsunion, welche unsere norddeutschen Genossen samt dem Parteausschuß bereits als begraben anzunehmen scheinen. Da erhalten wir den „Vollstaats“ vom 9. dieses Monats und lesen in demselben einen Vorschlag von Nürnberg, den Arbeitertag nicht in München, sondern in Ingolstadt, auch nicht am 14. November sondern an kirchlichen Feiertagen, Weihnachten zc. zu halten. Wir billigen nun vollkommen die Ansicht, daß die Zeit etwas kurz gewesen sei, meinen aber, daß es trotzdem den Nürnberg - Fränkischer Parteigenossen eben so möglich gewesen wäre, ihre Beschlüsse zu fassen wie uns, und daß es jedenfalls besser gewesen wäre, die Lokalbeschlüsse zu beschleunigen, als auf einen Vorschlag, der, wenn auch nicht genau überlegt, doch jedenfalls gut gemeint ist, sofort mit einem Gegenvorschlag zu antworten, der vielleicht, gesetzt den Fall, die Münchener Landeshut-Augsburger-Ingolstädter Parteigenossen bleiben bei ihrem ersten Beschluß (wozu sie soviel Recht haben als die Nürnberg-Fränkischer zu ihrem Gegenvorschlag) zu einer ganz hübschen und bei den dormaligen Verhältnissen vielleicht sehr folgenschweren Spaltung unter uns selbst führen kann. Das glauben wir nicht. Wir glauben vielmehr, daß die formellen Fragen zum Arbeitertage sehr bald erledigt sein werden und daß der Arbeitertag die süddeutschen Parteigenossen anspornen wird, mit vereinter Kraft für die Interessen des Proletariats in die Schranken zu treten. (N. d. B.)

Wir werden, wie die Entscheidung in dieser Sache auch ausfallen mag, jedenfalls den Arbeitertag beschicken (Bravo!), weil uns am Wohle der Gesamtheit mehr liegt, als an den Eifersüchteleien Einzelner. Und wir möchten die Parteigenossen von München zc. zc. bitten, sich dem Vorschlage Nürnberg's anzubehalten und den Arbeitertag erst zu Weihnachten abzuhalten, damit etwas Tüchtiges und Ganzes geschaffen werde. Außerdem fügen wir nur den Wunsch noch bei, nie persönliche Differenzen zur Parteilache zu machen, sondern immer die Einigkeit über Alles zu stellen.

Im Auftrage des sozialdemokratischen Vereins C. F. Rid, 3. Schriftführer.

**München.** Die Parteigenossen Münchens sehen sich veranlaßt auf die Erwägungen der nürnberg'schen Parteigenossen betreffs des am 17. d. M. abzuhaltenden süddeutschen Arbeitertages zu erwiedern, daß sie 1. die Verantwortung für die Form der Einladung mit gutem Gewissen übernehmen, da der Schwerpunkt des Arbeitertages in der Tagesordnung liegt und zu der sie vollständig berechtigt sind. 2. Haben sich dieselben, Nürnberg nicht angenommen, mit den meisten süddeutschen Orten in Verbindung gesetzt. — 3. Wenn für Baden, Württemberg und den Rheingau schon besondere Landescomités bestehen, so bestehen solche aber noch nicht für Mittel- und Süddeutschland. — Indem die Nürnberg'schen uns mit dem nichtigen Vorwand, München sei nicht der geeignete Ort, entgegengetreten und eine Landesversammlung nach Ingolstadt einberufen wollen, und die Parteigenossen Bayerns auffordern, ihre Ansichten darüber nach Nürnberg oder an den „Vollstaats“ gelangen zu lassen, — zeigen dieselben nur zu deutlich, daß es ihnen um eine Einigung sehr wenig zu thun ist.

Im Auftrage: Franz Schneider.

**Schingen, 5. Nov.** An die Mitglieder der deutschen Volkspartei in Württemberg im Allgemeinen und im Besonderen an ihre Anhänger in Kirchheim u. L., die Herren Dehlinger, Binder, Groß zc. A. Ist Ihnen unbekannt, daß der Ausschuß der deutschen Volkspartei als Delegirte auf dem Nürnberg'schen Arbeitertag September 1868 die Herren Brückmann und Niehammer nach Stuttgart abgefaßt und der letztere in seiner Eigenschaft als solcher erklärt hat:

„Die Demokratie muß sich zur Sozialdemokratie erheben, wenn sie eine ehrliche Demokratie sein wolle.“ (Protokoll des Nürnberg'schen Arbeitertages II. Hauptversammlung.) B. Wissen Sie nicht, daß der Kongreß der deutschen Volkspartei vom 19. 20. 21. September in Stuttgart beschloßen hat: In der sozialen Frage 1) „Regelmäßige Besprechung der gesellschaftlichen Fragen in den Parteiorganen und in den Volksvereinen; Förderung des Genossenschaftswesens, namentlich der „Gewerkvereine und Produktivgenossenschaften; Unterstützung der Forderungen auf Vertheilung der Arbeiter am

Reingewinn.“ 2) „Auf dem Wege der Gesetzgebung ist zu erstreben: Hebung der Volksschule, Errichtung von Fortbildungsschulen, unentgeltliche Ertheilung des Unterrichts in denselben, volle Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, unbeschränktes Niederlassungsrecht; Befreiung aller zum Nachtheile der arbeitenden Klassen noch bestehenden Ausnahmestellen (als Gesetz über Berechtigung, das Wandern, Dienstbotenwesen zc.), Aufhebung aller Privilegien und Monopole; Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken; Herabsetzung der Arbeitszeit, unbeschränkte Koalitionsfreiheit, Aufhebung der der Bildung von Genossenschaften aller Art im Wege stehenden privatrechtlichen Bestimmungen; Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einheitlichen direkten Steuer mit Progressivitäten; Abschaffung der stehenden Heere.“

Nicht um unsre Stellung zu diesen Beschlüssen klar zu legen, auch nicht um die Motive, welche dieselben hervorgerufen, zu beleuchten, rufen wir Ihnen dieselben ins Gedächtniß. Wir wollen nur kurz konstatiren, daß dieselben gefaßt worden sind, und daß dieselben alle noch zu Recht bestehen. Kraft dieser Beschlüsse glauben wir verlangen zu können, daß Sie dieselben wenigstens in der Weise respektiren, daß Sie unsre Versammlungen nicht hintertreiben und unsre Anhänger nicht maßregeln. Wir sind immer und jederzeit bereit, mit offenem Bistir zu kämpfen und hoffen von Mitgliefern einer Partei, welche einen großen Theil ihrer Forderungen gemeinsam mit uns hat, das Gleiche erwarten zu dürfen.

#### Das Centralagitationscomité

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei für Württemberg.  
**Hof, 10. Nov.** In allen gebildeten Kreisen hat das Verbot des Kongresses Sensation erregt, ganz besonders aber die Motive, unter denen dasselbe erlassen worden, und wundert man sich allgemein über die Kurzsichtigkeit des hohen Stadtmagistrats, welcher doch in andern Dingen als ein ziemlich freisinniger bezeichnet werden darf. Noch mehr Staunen erregt aber der Erlaß des Magistrats, den hiesigen „Vollverein“ betreffend. Derselbe wollte nämlich am Sonntag, 10. November, einen „Geselligen Abend“ mit Deklamationen ersten und heiteren Inhalts, ferner die Auführung eines kleinen Schwanke von C. Fienig, betitelt: „Lehmann in tausend Kengien, oder Die strickenden Arbeiter“ veranstalten, und waren schon alle Vorbereitungen dazu getroffen; allgemein war man gespannt auf das letztere kleine Stück, — da — wurde dieser „Gesellige Abend“ als Versammlung eines politischen Vereins erklärt, zu der nach dem Vereinsgesetz Frauen und Minderjährige keinen Zutritt haben, und so wurde die Freude wieder zu Eszjg. Der Vorstand beschloß unter solchen Umständen, nur ein Täuschchen abhalten zu lassen, welches denn auch Gnade vor der erlauchten Polizei fand. Letztere vermuthete durchaus in dem „Geselligen Abend“ den Kongreß der internationalen Gewerkschaften, ganz besonders, da der Verein auch seine auswärtigen Freunde dazu eingeladen hatte. Es ist dies umso mehr zu verwundern, da der „Vollverein“ in gar keiner Beziehung zur Gewerkschaften steht. Wir meinen: maßregeln immer zu, denn dadurch werden zuletzt allen vernünftig Denkenden die Augen aufgehen. (Crimmitschauer Bürger- u. Bauernfreund.)

**Apolda, 12. November.** Mahnruf an alle Parteigenossen Thüringens! Abermals fühle ich mich veranlaßt, eine Aufforderung an Euch ergehen zu lassen, nachdem die früher von mir erlassenen unberücksichtigt geblieben sind und nur wenige Mitgliedschaften ihre Pflichten erfüllt haben.

Die Delegirten, welche auf der Thüringer Landesversammlung zu Ostern dieses Jahres amwesend waren, hatten erkannt, daß ohne Geld keine Agitation kräftig durchgeführt werden könne und daß deshalb etwas geschaffen werden müsse, um diesem Uebelstande abzuhelfen; der Beschluß, welcher in dieser Angelegenheit gefaßt wurde, ist sämtlichen Mitgliedschaften mitgetheilt worden, aber trotzdem, daß der Beschluß derart war, daß Jeder, wenn er nur irgend wollte, seinen Pflichten nachkommen konnte, (vierteljährlich 1 Sgr. 4 Mitglie) so hat das Agitationscomité doch die traurige Erfahrung machen müssen, daß die größere Zahl der Ortschaften auch nicht im Geringsten daran gedacht hat, thatkräftig Hand ans Werk zu legen.

In diesem Augenblicke, wo das Agitationscomité sich veranlaßt fühlt, abermals die Parteigenossen an ihre Pflichten zu erinnern, ist eine Agitation in unserm Wahlkreise angenommen worden, um einen unserer besten Vorkämpfer, unsern allbekanntesten Parteigenossen Wilh. Liebknecht, aus dem Gefängnis zu befreien, indem derselbe als Reichstagskandidat im Neustädter Kreise aufgestellt worden ist, und wir es als unsere heiligste Pflicht erachten, all unsere Kräfte anzustrengen, um ihn wieder dahin zu bringen, wohin er gehört. Die Agitation hat begonnen; schon reichen sich die Agitatoren die Hände und nehmen den Kampf auf. Wohlan denn, thut auch von Euch Mitgliedern Jeder seine Pflicht und sucht uns dadurch zu ermuntern, daß Ihr uns die Mittel zum Kampfe darreicht!

Begreift, daß in diesem Moment Aller Augen auf uns gerichtet sind, weil wir es unternommen, für einen Mann einzutreten, welcher von unserer deutschen „Bildungspreße“ als Hoch- und Vaterlandsverräther hingestellt wurde.

Darum nochmals: thut Jeder seine Pflicht, damit wir nicht gezwungen werden, die Agitation ruhen zu lassen. Es lebe die gerechte Sache der Arbeit! Es lebe die Sozialdemokratie, trotz Allgewalt und Despotie.

C. A. Reichelt, Vorsitzender des Thüringer Landesagitationscomités.

Alle Briefe sind nicht (wie irrthümlicher Weise bekannt gemacht wurde) an Fritz Reichelt, sondern an C. A. Reichelt, Neuweltstraße, zu richten und bitte das zu beachten.

**Münden, 10. November.** Heute hatten wir das Vergnügen, Freund Walz aus Cassel nebst einigen Casseler Parteigenossen bei uns zu haben. Obwohl Walz versprochen, erst nächsten Sonntag, den 17. November hier zur Versammlung zu kommen, so mußte er heute hier sein, da er für Sonntag nach Hersfeld zur Volksversammlung durch Parteigenosse Wolff aus Hersfeld eingeladen ist. Tagesordnung war: „Die Arbeiterbewegung“. Redner hatte ziemlich 1/2 Stunde gesprochen, als die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ankamen, und den Redner öfters unterbrachen, besonders als er auf die Herren Hasenleber-Hasselmann zu sprechen kam. Nachdem Redner seinen 11. stündigen Vortrag unter dem Beifall der Versammlung geendet, theiligten sich an der Disposition von den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Gies, Schulz, Boden zc., unsrerseits Walz, Busch, Stemmer, Gerhardt. Zum Schluß wurde folgende von Walz vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. „Die heutige, zu Münden in Gottschaltsberg-Garten tagende öffentliche Arbeiterversammlung erklärt, mit aller Macht für eine Vereinigung der beiden Fraktionen der Sozialdemokratie einzutreten, zugleich soll diese Resolution in beiden Organen der Sozialdemokratie, „Vollstaats“ sowie „Neue Sozialdemokrat“

veröffentlicht werden und beauftragt die Versammlung Herrn Schulz mit der Abwendung der Resolution an den „Neuen Sozialdemokrat“. Obwohl wir uns nicht viel davon versprechen, so wollen wir doch zeigen, trotzdem das Bütchen in unseren Händen war, daß wir stets Veröhnung wollen. Bald wurde zum Schluß eingeladen, morgen Abend der von den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins veranstalteten Arbeiterversammlung, wo Richter aus Hannover als Referent auftritt, beizuwohnen.

**Reichenberg in Böhmen.** Daß man hier als Arbeiter um sein vom Munde abgepartes Privateigentum kommen kann, und obendrein noch auf 10 Tage ins Loch gesteckt wird, dürfte so Manchem unglücklich erscheinen, hier aber ist das ganz gewöhnlich.

Man höre und staune! Meine Frau hatte sich, nachdem man in unseren Buchhandlungen, trotz Bestellung, keine sozialistischen Schriften bekommt, einige, doch nur einzelne zu ihrem eigenen Gebrauche von Leipzig kommen lassen. Solche aber nur, deren Lektüre noch nie und nirgends verboten ist und zwar, ein Vastiat-Schulze, ein Lange's Arbeiterfrage, ein Engel's Lage, ein Jakob's „Es werde Licht“ und einige andere.

Als das Paket angekommen war, ging meine Frau, ihr kleines Kind auf dem Arm, auf das Zollamt, um das Paket zu holen. Dort angekommen, hieß es natürlich, das Paket aufmachen. Kaum aufgepackt, schrie der Beamte: Hui, lauter demokratische Sachen! und die Spürnasen alle kamen herbei, durchstöberten und schnüffelten, als ob eine Petrolbombe geplatzt wäre. Wird mit Beschlag belegt, hieß es. Meine Frau fragte nun warum? indem sie doch die Sachen nicht gestohlen habe, und selbstige auch nicht verboten seien, übrigens wären die Bücher für ihren eignen Gebrauch. Das werden sie schon vom Gerichte zugesellt bekommen, auch können sie morgen nach einmal herkommen, war die Antwort. Worauf sie erwiderte, daß sie nicht auf Zeit habe, sich mehrmals mit dem Kinde so weit heraus zu schleppen. Da können Sie ja fahren, es geht doch der Stellwagen heraus, schrie ein Naseweis. Ein Anderer wieder: wenn Sie Zeit haben, solche Sachen zu lesen, da werden Sie wol auch Zeit haben, daher zu kommen. Wieder ein Anderer in der Ferne: hat das Kind nicht auch schon eine rothe Feder auf dem Hütel? Zufällig nicht, sagte die Frau. Und doch! ich sehe es ja, schrie er höhnißlich. Nun so zeigen Sie mir selbstige doch! und richtig, er kam heran und zeigte die rothe Feder. Er hatte sich aber arg gefänscht, denn es war bloß ein rothes Bändchen. Wäre es eine rothe Feder gewesen, wer weiß, vielleicht hätte ich mein Kind nicht mehr gesehen, es wäre vielleicht sammt Hut und Feder mit Beschlag belegt und ebenfalls nach § 23 des Preßgesetzes vernichtet worden. Geht das nicht über die russische Grenzsperr! Einige Wochen nach der soeben geschilderten Zollamtsaffäre wurde mir von Gerichtswegen eröffnet, daß ich nach § 23 des Preßgesetzes zu 50 fl. O.W. oder 10 Tagen Arrest verurtheilt sei, weil der Verdacht nahe liege, daß ich die Bücher zum Zwecke des Kolportiers mir habe kommen lassen, denn meine Frau wie ich, die nur drei Schullassen besucht hätten, ständen auf einer zu niedrigen Bildungsstufe, um sich derartige Bücher zum eigenen Gebrauche angeschafft zu haben. Ein Return hatte den Erfolg, daß die Oberlandesstelle das erstirchliche Urtheil bestätigte und mich auch noch zur Tragung der Kosten heranzog. — So geht es dem Arbeiter: Erst heult man ihm die Ohren voll, daß er sich bilde, und dann konfiszirt man ihm die Bildungsmittel, wenn er aufrichtig bestrebt ist, die mangelhafte Schulbildung durch Selbststudium zu vervollständigen.

Mit sozialdemokratischem Gruß Wilhelm Schiller.  
**Offenbach a. M., 7. Nov.** Von den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wurde hier gestern eine Vollversammlung abgehalten, in der Stütz als Vorsitzender fungierte. Tagesordnung: 1) die Kesselexplosion in Greißwalde. 2) Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein den andern Parteien gegenüber. Die Versammlung war von etwa 200 Mann besucht. Stütz referirte über den ersten Punkt der Tagesordnung in gerade nicht sehr ansprechender Weise, denn noch während seines Vortrags entfernten sich Viele. Die übliche Aufforderung zum Eintritt in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein hatte nur geringen Erfolg. — Kühl aus Frankfurt a. M. referirte über den zweiten Punkt der Tagesordnung, und wie man es von den Sprechern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gewohnt ist, wurde auch hier die Behandlung dieses Themas weidlich benutzt, um auf unsere Partei und deren Inhabitarie Liebknecht und Bebel drauslos zu schimpfen. Auch die Internationale mußte büßen. Ein Herr Müller machte seiner haßdurchwühlten Braut mit den Vorschläge Lust, diese Bande, wo sie sich sehen ließe, todzuschlagen. Pleß aus Frankfurt war gnädiger, er schlug gelindere Mittel vor, da man es ja doch nur mit „irregleiteten Lämmern“ zu thun habe. Karl Klein.

**Mühlhausen i. E., 1. Nov.** Diese Woche ist hier ein deutscher Arbeiter eingetroffen, dessen Auftreten und verdächtig vorkommt. Niemand weiß, woher er ist. Er giebt vor, Mechaniker zu sein und hat in Deutschland wegen seiner politischen Tendenz nirgends Arbeit bekommen können. O, über dieses böse Deutschland! Das Elß dagegen nahm den quasi „Geächteten“ mit offenen Armen auf; der „arme Mann“ hat eine Anstellung an der Staatsbahn erhalten. Er vertheilt fleißig den „Neuen“ und alles läßt darauf schließen, daß man in Berlin bereits seine Adresse kannte, bevor er noch hier eingetroffen war. Wir sind auf dem Posten.

**Paris, 30. Okt.** Während der Gesandte der vereinigten nordamerikanischen Freistaaten dem deutschen Kaiser Wilhelm I. im Namen des amerikanischen Volkes dankt für die Dienste, die er der Republik in der Streitfrage von San Juan geleistet hat, während der „Washington des 19. Jahrhunderts“, Monsieur Thiers, wie ein hiesiges Blatt ihn titulirt, den Gesandten des deutschen Kaiserreichs zur Tafel ladet, — während der Chef der republikanischen Partei in Spanien in den Cortes erklärt, das jetzige monarchische Ministerium in Spanien wäre das letzte, — während man in dem republikanischen Frankreich zu einem Jahre Gefängnißstrafe einen Citoyen verurtheilt, welcher eine irreligiöse That begangen hat — ein Kreuz, welches an einem Scheidewege in einem Dorfe die Gläubigen zum Hutabnehmen und Niederbeugen mahnt, beschädigt hat — und während man in Preußen die Jesuiten fortjagt und hier mit offenen Armen empfängt — während diese und viele andere große und kleine Thatfachen kürzlich vor unsern Augen kund thaten, daß die besitzende Klasse nicht allein die Macht in Händen hat, sondern auch nach Belieben in ihrem Interesse damit schaltet und waltet, wie es ihnen gefällt, — was hätten wol wir, die heillosen Majorität aller Länder zu thun? — Vor Allem uns zu vereinigen, und dann endlich — uns offen zu gestehen, daß jedwede Regierungsform, sie mag einen Namen tragen, welchen sie wolle, nur immer darauf ausgeht, uns auszubeuten; und so lange wir uns ausbeuten lassen, ist es nicht das Handumdrehen werth, irgend welche Sympathie für eine oder die andere an den Tag zu legen. Erst dann, wenn wir uns das Recht erkämpft haben, ein ernsteres Wort mitzureden in dieses Chaos von Widersprüchen,

wird auch das Uebrige nicht lange auf sich warten lassen. Hat doch unser Heinrich Heine, wenn auch ein Gegner der weiland Communisten, dessen irdische Ueberreste man, nachdem sie so viele Jahre in französischer Erde geruht hatten, dieser Tage ausgegraben hat,\*) um sie in seiner Vaterstadt Hamburg wieder einscharen zu lassen, — und prophzeit, trotzdem er auf uns mitunter schimpfte, daß trotzdem uns Allen doch die Zukunft uns gehören werde. Und da die früheren Communisten von den heutigen Sozialisten nicht zu unterscheiden sind, können wir getrost diese Prophezeiung auf uns beziehen, und wir gönnen gern den irdischen Ueberresten eines deutschen Dichters die selige Ruhe in der „freien“ deutschen Hamburger Republik, wie sie diese im kaiserlichen und zuletzt republikanischen Frankreich genossen hatten. Sein Andenken wird jedoch in beiden Nationen noch lange fortleben, wenn längst es keine Fürsten, Pfaffen, und Ausbeuter mehr giebt.

\*) Diese Nachricht hat sich als unrichtig herausgestellt. (Red. d. B.)

### Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten.

Ihren Verpflichtungen gegen die Parteikasse sind für Monat September folgende Orte nachgekommen: Augsburg, Aalen, Bendsheim, Berlin, Breslau, Braunschweig, Camenz, Coburg, Köln, Dresden, Duisburg, Dessau, Darmstadt, Ernstthal, Eisenach, Frankfurt a. M., Frankenberg, Forst, Frankenhäuser, Geithain, Gotha, Göttingen, Gießen, Gera, Hamburg, Hannover, Hersfeld, Hainichen, Heidelberg, Hildesheim, Kirchhain, Landesbuth in Bayern, Limbach in Sachsen, Lichtenstein-Callburg, Ragdeburg, Warburg, München, Mühlentendorf, Mainz, Markirch, Neundorf, Neuhietlau etc., Neustadt a. d. S., Pforzheim, Spandau, Schwäbisch Gmünd, Stollberg in Sachsen, Wandsbeck, Weigelsdorf, Witten, Wittgenndorf, Weimar, Wiesbaden, Wieda, Wolfenbüttel, Zürich etc.

Mit ihren Parteisteuern im Rückstand sind: Apolda, Altona, Bremen, Burgstadt, Celle, Colditz, Grimmitzsch, Chemnitz, Cassel, Connewitz, Eplingen, Froburg, Fürth, Frankenhäuser, Greiz, Giengen, Gelsenau, Glauchau, Geve, Hohenstein, Ingolstadt, Lützenwalde, Lunzenau, Mülsen St. Rittsch, Reizingen, Mitweida, Mannheim, Meerane, Mühlheim bei Offenbach, Nollan, Neuwitz, Neuschönefeld, Neu-Henning, Neustadt in Sachsen, Neustadt a. d. Orla, Oberlungwitz, Offenbach, Pforzheim, Penig, Pfuldingen, Reutlingen, Reichenbach in Sachsen, Ronneburg, Ronsdorf, Regensburg, Rochlig, St. Egidien, Stuttgart, Scharbeck, Wechselburg, Waldenburg in Sachsen, Zwickau.

Indem wir die Vertrauensmänner der sämigen Orte hierdurch öffentlich auffordern, innerhalb 14 Tagen die Einzahlung der rückständigen Parteisteuern bis mit Oktober an uns zu veranlassen, bemerken wir nochmals und ausdrücklich, daß von jetzt ab die Parteisteuern ohne Ausnahme von jedem Orte allmonatlich an den Parteikassirens eingezahlt werden müssen. Desgleichen sollen die Orte, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, allmonatlich öffentlich angemahnt werden. Mögen die Parteigenossen allerorts Sorge tragen, daß die Restantenliste in Zukunft ganz überflüssig wird.

Hamburg, den 10. Nov. 1871. Der Parteiauschuß.  
H. Vennede, Kassirer.

**Briefkasten:** der Expedition: Kreis in Stuttgart 10 Ngr. für Schriften, da die gewünschte Schrift vergriffen und erst eine 2. Auflage ausgearbeitet werden muß, bitte über den geforderten Betrag anderweitig zu verfügen. — A. Heuchmann in Darmstadt: die Annonce kostet 17 Ngr. — Gende in Wien 1 Ngr. — Brade jr. in Braunschweig: Senden Sie mir 50 Exemplare von Bettelpatrioten. — J. C. in Mühlhausen für Schriften 1 Ngr., für Bonn. 2 Ngr., 16 Ngr. — Dehne in Breslau für Abonn. 3. Quart. 50 Ngr. — S. in Schweinfurt: Dann aber gewiß; die Rechnung macht 10 Ngr. 23 Ngr. 9 Pf., 2 Freieemplare sind abgezogen; der Redaktion: S. R. in Leopoldshall: Sie selber erlauben uns, mit der Veröffentlichung des Schriftstücks zu warten, bis wir das betr. Statut haben. Senden Sie also das Statut.

**An Annoncenbeiträgen haben zu entrichten:**  
Augsburg: Lichtensteiger in Lechhausen 18 Ngr., Stollberg 14 Ngr., Arb.-Ber. 9 Ngr., Endrer für Sept. 7 Ngr. — Altona: Arb.-Ber. 13 Ngr., für Aug. 9 Ngr., für Sept. 22 Ngr., Sauer für Aug. 4 Ngr. — Barmen: Börsch für Juli 4 Ngr. — Berlin: Wille, Int. Arb.-Aff. für Aug. 6 Ngr., Schmitz, Tischlerkongress für Sept. 16 Ngr. — Breslau: Lau: Dehne 5 Ngr., Arb.-Partei 22 Ngr. — Köln: Berg für Febr. 2 Ngr., Rittinghausen für Juli 2 Ngr., 20 Ngr., für Aug. 2 Ngr., Arb.-Partei für Sept. 1 Ngr., 21 Ngr. — Chemnitz: Schneiderverein 5 Ngr. — Crimmitschau: Mannh. u. a. 14 Ngr. — Cassel: Arb.-Partei für Sept. 10 Ngr. — Dresden: Schneiderverein für Mai und Juni 11 Ngr., Taggeßel desgl. 9 Ngr., Maurer- u. Zimmergew. für Okt. 8 Ngr., Holzarb.-Gew. für Febr. 3 1/2 Ngr. — Göttingen: Arb.-Partei für Okt. 9 Ngr. — Frankfurt a. M.: Jölinger für Sept. 4 Ngr. — Gotha: Arb.-Ber. für Sept. 14 Ngr. — Glauchau: Volksh. für Aug. 26 Ngr., für Okt. 4 Ngr. — Hohenstein-Ernstthal: Lange für Okt. 6 Ngr., Heinrich für Okt. 10 Ngr. — Hamburg: Stepper u. Bericht für Okt. 5 Ngr., Tabalarb.-Ber. für Okt. 10 Ngr., Meißner für Okt. 12 Ngr., Holzarb.-Gew. für Okt. 5 Ngr., Arb.-Ber. für Okt. 2 Ngr., 4 Ngr. — Kirchhain: Buchardt für Okt. 5 Ngr. — Leipzig: Kreuger u. Kirchhof für Okt. 6 Ngr., Stellmacher für Aug. 3, für Okt. 10 Ngr., Buchbindereiverein für Okt. 5 Ngr., Metallarb.-Gew. für Okt. 17 Ngr., Holzarbeitergew. für Okt. 1 Ngr., 3 Ngr., Kürschner- u. Schuhmacher für Jan. u. Febr. 9 Ngr. — München: Tischlerkongress für April 4 Ngr., Arb.-Partei für Jan. 3 Ngr., für Juli 8 Ngr., für Aug. 10 Ngr. — Müdr. Schönberg: Arbeiterbild.-Verein (Danfagung) für April 3 1/2 Ngr. — Mainz: Schuhm.-Gew. f. Aug. 6 Ngr. — Marburg: Theis, Schuhmachernstr. f. Okt. 5 Ngr. — Mühlentendorf: Arb.-Ber. f. Okt. 10 Ngr. — Pforzheim: Arb.-Partei f. Aug. 2 Ngr. — Reutlingen: Koller (Einladung) f. Okt. 3 Ngr. — Rochlig: Arb.-Ber. f. Jan. bis Okt. 1 Ngr., 4 Ngr. — Spandau: Metallarb.-Gew. f. Okt. 9 Ngr., Arb.-Part. f. Okt. 6 Ngr. — Stollberg: Arbeiterbild.-Ber. f. Aug. 16 Ngr. — Weidens: Deutsche Sekt. f. März 3 1/2 Ngr. — Wiesbaden: Schuhm.-Gew. f. Sept. 6 Ngr. — Wandsbeck: Lütjohann f. Okt. 6 Ngr., Arb.-Ber. f. Okt. 7 Ngr.

Da die Saumschlichter der betr. Kassirer und Vorstände in den meisten Fällen daran Schuld ist, daß verschiedene Mitgliedschaften, Vereine und Gewerkschaften schon seit mehreren Monaten länger unter den Restanten aufgeführt stehen, so werden, wo dies der Fall, die Mitglieder ersucht, auf Abhilfe des Uebelstandes mit aller Energie hinzuwirken.

Zugleich wird wiederholt bekannt gegeben, daß für die Petitzeile im Annoncenbeil des „Blatts“ in Partei-, Vereins- und Gewerkschaftsangelegenheiten 1 Ngr. (3/4 fr.), hingegen die Petitzeile oder deren Raum von Fest-, Geschäftsempfehlungs- und andere Privatannoncen mit 2 Ngr. (7 kr.) berechnet wird. Die Expedition des Volksstaat.

**Für den Volksstaat.**  
Von Stolle, B. Jungbühel und H. Faugbühel in Meerane Schuldschein Nr. 225, 232 u. 291 zu je 1 Ngr. gratis zurück.  
Die Exped. des Volksstaat.

### Anzeigen etc.

Für ein größeres Schneidergeschäft wird ein im Schneider nicht unerfahrenes junges Mädchen als Stütze der Prinzipalin gesucht. Gehalt nach Uebereinkunft. Reisegeld vergütet.  
Adressen beliebe man an: Frau Bertha Dilsort, Cath. Kolb Nachfolgerin, Braunschweig, zu richten. (2a)

**Berlin.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Montag, den 18. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Brecht'schneiders Lokal, Gartenstraße 13/14.

Tagesordnung:  
Der privilegirte Nord. Vortrag des Herrn Auer.  
Mitglieder und Freunde der Partei werden zu zahlreichem Besuche aufgefordert.

Der Vertrauensmann.

**Breslau.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Dienstag, den 19. d. M., Abends 8 Uhr öffentlich  
Versammlung im früheren Billard-Saale des Stadthauskellers. Tagesordnung: Der Kongress der sogenannten Reichssozialisten zu Eisenach. Referent V. Geiser. Um zahlreiche Theilnahme bittet

H. Dehne.

Die Kontrollkommission der sozialdemokratischen Arbeiterpartei frog bei der Redaktion des „Braunschweiger Volksfreund“ an, ob die an sie gerichteten Briefe in ihre Hände gelangt sind und bittet um sofortige Antwort entweder schriftlich oder in den Spalten des „Volksstaat“.  
Im Auftrage: H. Dehne, 2. Vorsitzender.

**Cöln.** Daß am Sonntag, den 1. Dezember d. J. ein Festball der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, im großen deutschen Kaiserpaal stattfinden; wozu alle Arbeiter und Arbeiterfreunde ergebenst einladet.  
Das Comité.

**Elberfeld.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Die Mitglieder und Parteifreunde versammeln sich jeden Montag Abends 8 Uhr, Restauration Reinhardt, am Bahndof. 14b

**Leipzig.** Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.  
Die hiesige Mitgliedschaft fordert den Ausschuss auf, gewerkschaftliche Angelegenheiten separat im Gewerkschaftsorgan „Volksstaat“ bekannt zu geben.

**Leipzig.** Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Versammlung Montag, den 18. Nov. Abends 8 Uhr im Saale der Restauration von Zeidler, Große Windmühlengasse 7.

**Leipzig.** Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sektion der Stellmacher, Versammlung den 16. Nov. Abends 8 Uhr, bei Landgraf, Kleine Windmühlengasse Nr. 1. D. B.

**Leipzig.** Fachverein der Kürschner und Rügenmacher Leipzig und Umgegend.  
Montag, den 18. November, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Richter Rogplatz N. 9. Besprechung der Vorträge zur Abendunterhaltung und Stiftungsfest. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird erwartet. — Aufnahme neuer Mitglieder.  
NB. Den noch residirenden Mitgliedern zur Nachricht, daß streng nach unserm Statuten gehandelt wird — warum — selbstverständlich.  
Der Vorstand.

**Leipzig.** Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.  
Montag, den 18. d. M. Sitzung Reudnitzstraße bei Arnold. Tagesordnung: Entziehung der Gewerkschaften. Jedes Mitglied setze seine Ehre darin zu erscheinen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Sonnabend, den 23. d. M. Allgemeine Metallarbeiter-Versammlung, Mittelfraße in der Gesellschaftshalle. Tagesordnung: Nutzen der Gewerkschaften. Der Strite der Berliner Maschinenbauer der Pflugfabrik. — Um rechtzeitigen Besuch ladet das Comité freundlichst ein. Das Nähere befragen die Plakate. [2a]

**Paris.** Cafe-Brafferie-Duiffe Ch. Wust,  
35 rue de l'Arbre Sec 35 nahe am Louvre.  
Dejeuners et Diners à tout prix. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. „Volksstaat“, „Berner Band“ und französische Zeitungen liegen auf. Hier Zureisenden wird bereitwillig Jedo et gewünschte Auskunft ertheilt. [m2e]

**Julius Röthing**  
in  
Körnerstraße 14a Leipzig Körnerstraße 14a  
Herren-Kleidermacher  
empfiehlt sich zu Anfertigung aller Arten  
Herren-Garderobe.  
Bedienung stets prompt und billig.

**Bierseidel** sowie **Tassen**  
mit den Photographien der Herren Bebel, Liebknecht u. s. w., empfiehlt trotz der Steigerung des Materials sowie der Arbeitslohn, immer noch zu dem alten Preis von 2 1/2 Ngr. das Stück.  
J. C. Seig, Leipzig, Sternwartenstraße 15.  
Bestellungen nach auswärts nimmt entgegen W. Fink, Dobestraße 4. (2b)

Sieben erschien:  
**Briefe deutscher Bettelpatrioten**  
an  
**Louis Bonaparte**  
(Eine gründliche Bearbeitung der sämtlichen im Buche: L'Allemagne aux Tuilleries französischerseits veröffentlichten Documente.)  
von **Bernhard Becker.**  
1. Lieferung.  
6 1/2 Bogen. Preis 12 Ngr.; für die Parteigenossen direkt bezogen 7 1/2 Ngr., 10 Stück 2 Ngr.  
Das Werk wird mit 5 Lieferungen komplett sein.

**Braunschweig.**  
In der Stollberg'schen Verlagsbuchhandlung in Gotha erschien auch in allen Sortiments-Buchhandlungen zu haben:  
**Freireligiöser Kalender**  
für 1873.  
Herausgegeben von Dr. Specht.  
Preis 5 Silbergroschen (excl. Stempel). (3a)

Da eine zweite Auflage des  
**Volksstaat-Kalenders**  
für das Jahr 1873  
demnächst erscheint, bitten wir die Bestellungen hierauf baldigst zu machen.

Inhalt desselben: Kalender, Gesichtskalender, Sprüche n. s. w., Marat, ein Bruchst. d. Zehn. Revolle: der Weber von Obergeiersdorf. Preis für Sachsen incl. Stempel 4 Ngr. 3 Pf. Im Ausland ohne Stempel 3 Ngr.  
NB. Die Kalender dürfen dort, wo Stempelsteuer existirt, nur gestempelt verkauft werden.

**Die Buchhandlung des Volksstaat.**  
Im Verlage der Buchhandlung des Volksstaat ist soeben erschienen:  
Das 5. Heft des Leipziger Hochverrathsprozesses.  
Preis per Lieferung 2 1/2 Ngr.

Im Verlage der Buchhandlung und Expedition des „Volksstaat“ sind erschienen:  
Unsere Ziele von Bebel. 3. verb. Aufl. Preis pr. Stück 2 1/2 Ngr.  
National-Oekonomisches von Diehgen. Preis 1/2 Ngr. 2. Aufl.  
Die Religion der Sozialdemokratie, 3 Kanj.reden, von Diehgen. Preis 1 1/2 Ngr. 2. Aufl.  
Die bürgerliche Gesellschaft. Vortrag von Diehgen. Preis 1 Ngr.  
Leipzig: Verantw. Redakteur A. Rnth. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchhandlung.